



Lehrerinnen- und Lehrerverein
Baselland

Protokoll der DV/MV 2.2014/15 vom Mittwoch, dem 18. März 2015, 19.30 – 21.45 Uhr, Coop Tagungszentrum, Muttenz

Von Gabriele Zückert

LVB-Delegierte: total 90 , anwesend 57

übrige LVB-Mitglieder: ca. 140

Vorsitz: Roger von Wartburg

1. Begrüssung, Übersicht, Stimmzähler

Roger von Wartburg begrüsst die Anwesenden und freut sich über das zahlreiche Erscheinen. Im Speziellen begrüsst er die designierte Bildungsdirektorin Monica Gschwind. In einem kurzen Grusswort sagt Frau Gschwind, dass sie am liebsten jetzt schon mit der Arbeit anfangen würde. Sie müsse aber noch vieles abschliessen, damit sie sich nachher voll auf ihr Amt konzentrieren könne. R. von Wartburg begrüsst – zum letzten Mal während dessen Amtszeit - Regierungsrat Urs Wüthrich-Pelloli. Auch er richtet ein kurzes Grusswort an die Anwesenden und ruft die Lehrkräfte dazu auf, sich weiterhin an den Schulen für gute Arbeitsbedingungen zu engagieren, Verbündete zu suchen und die Reihen zu schliessen. Man müsse jetzt Klartext reden, denn die in der Resolution angetönten Gewitterwolken seien sehr dunkel. Frau Gschwind wird vom LVB ein Blumenstraus überreicht, Urs Wüthrich-Pelloli mit zwei Flaschen Wein verabschiedet.

Weiter begrüsst R. von Wartburg namentlich den Referenten Prof. Allan Guggenbühl, Prof. Dr. emer. Gerhard Steiner der Uni Basel, Erziehungswissenschaftler Dr. Beat Kissling, Bruno Rupp von der Geschäftsleitung des LCH, Dorothee Miyoshi von der FSS, Heinz Weber vom LCH-Magazin Bildung Schweiz und die Vertreter der Medien.

Als Stimmzähler werden Isabella Oser und Vera Loretz einstimmig gewählt.

Die Traktandenliste wird genehmigt.

R. von Wartburg betont in seiner Einleitung, dass der LVB stets grossen Wert auf differenzierte und fundierte Äusserungen lege. Dies sei bei der Komplexität der Themen nötig, komme aber in der medialen Aufbereitung oft zu kurz. Daher ist der LVB immer wieder mit verknäpften, zugespitzten Darstellungen aus der Presse konfrontiert und muss nicht selten präzisierende Richtigstellungen vornehmen. Es wäre hilfreich, wenn die Mitglieder berücksichtigten, dass jede Lehrperson vor allem ihre persönliche Schulrealität kenne, beim Verband aber Rückmeldungen und Informationen von 3000 Lehrerinnen und Lehrern eingehen. Umso wichtiger sei es, im Falle von Irritationen oder vermutetem Dissens das Gespräch mit der Geschäftsleitung zu suchen. Oft stelle sich heraus, dass die Gegensätze gar nicht so gross seien, wie man allenfalls geglaubt habe.

Da vor allem in den Bereichen Beratung und Rechtshilfe Rückmeldungen eingingen, sei es logisch, dass sich der LVB häufig mit Negativmeldungen beschäftigen müsse. Das gehörte auch zu seiner Aufgabe. R. von Wartburg hält jedoch klar fest, dass der LVB keine Probleme erfinde, nicht schwarzmale und auch keinen Fantasien unterliege, wie unlängst in den AVS-Nachrichten suggeriert worden war. Er zitiert zwecks Veranschaulichung einige Beispiele aus Zuschriften von Lehrpersonen, aber auch seitens einer Schulleitung an den LVB. Diese in der Schulpraxis georteten Probleme müssten ernst genommen werden, und genau das mache der LVB.

R. von Wartburg erläutert weiter, dass der LVB nicht nur eine Gewerkschaft, sondern eben ein Berufsverband sei, der sich selbstverständlich auch mit pädagogischen und methodisch-didaktischen Themen auseinandersetze. Oft seien die beiden Aspekte auch gar nicht klar zu trennen. Ein bestimmtes pädagogisches Modell könne sich beispielsweise durchaus auf die Anstellungsbedingungen auswirken. Die Deutungshoheit in der Pädagogik werde andernorts viel zu stark Leuten überlassen, die nicht oder nicht

Präsident Roger von Wartburg, Rebgutstrasse 12, 4614 Hägendorf, T 079 261 84 63, M roger.vonwartburg@lvb.ch

Geschäftsführer & Vizepäsident Michael Weiss, Sonnenweg 4, 4133 Pratteln T 061 973 97 07, M michael.weiss@lvb.ch

Aktuarat Gabriele Zückert, Rheinstrasse 51, 4410 Liestal, T 061 599 48 51, M gabriele.zueckert@lvb.ch

Beratung & Rechtshilfe Heinz Bachmann, Madlenweg 7, 4402 Frenkendorf, T 061 903 96 08, F 061 903 96 08, M heinz.bachmann@lvb.ch

Publikationen & Pädagogik Philipp Loretz, Bürenweg 6, 4206 Seewen, T 061 911 02 77, M philipp.loretz@lvb.ch



mehr vor Klassen stünden. Der LVB halte das für den falschen Weg. Die Lehrerinnen und Lehrer seien die wahren Experten. Der pädagogische und methodische Diskurs müsse darum folgerichtig auch innerhalb der Berufsverbände geführt werden, damit Selbstbestimmung, Meinungsfreiheit und Pluralismus in der Ausführung unseres Berufes weiterhin gegeben seien.

Statutarische Geschäfte

Stimmberechtigt sind die Delegierten.

2. Protokoll der DV vom 24. September 2014

Fehler bei Traktandum 8: Rudolf Wachter sprach von einer Studie von Raphael Berthele (nicht Bertolet). Das Protokoll wird mit dieser Korrektur einstimmig genehmigt, keine Gegenstimmen, keine Enthaltungen und der Verfasserin Gabriele Zückert verdankt.

3. Wahl in den Kantonalvorstand

Esther Schmid Manca, Vertretung des VTGHK (Verein für textiles Gestalten, Hauswirtschaft und Kursleitung), wird einstimmig, ohne Gegenstimmen und Enthaltungen, in den Kantonalvorstand gewählt. R. von Wartburg gratuliert ihr zur Wahl und wünscht ihr für die kommenden Aufgaben alles Gute.

Berufspolitische Geschäfte

Stimmberechtigt sind alle anwesenden LVB-Mitglieder.

4. Übersicht zu den laufenden Geschäften des LVB

4.1. Kantonsfinanzen und die Haltung des LVB

Die Einnahmeprognoze des Kanton Baselland sieht schlecht aus, aufgrund des erfolgten Entscheides der Nationalbank noch düsterer als zuvor. Die Kantonsangestellten haben aber bereits jetzt mehrere Sparprogramme über sich ergehen lassen müssen. Mehr Arbeit geht nicht, der Berufsauftrag ist voll oder gar übervoll. Die Alternativen heissen Leistungsabbau oder Steuererhöhungen.

Der Sparbeitrag, den die Kantonsangestellten bis jetzt via nicht ausgeglichene Teuerung (inkl. GAP) geleistet haben, liegt bei 168 Mio. Franken; das darf in der politischen Diskussion nicht einfach vergessen gehen. Für Lehrpersonen war die Umsetzung der 5. Ferienwoche ein Hohn, Treueprämien wurden zusammengestrichen, durch die Reform der BLPK müssen auch die Arbeitnehmenden höhere Beiträge leisten, Vergünstigungen bei der Pensionierung sind gestrichen und eine einzelne Angestelltengruppe (Fachlehrpersonen Sek I und Sek II) ist durch die Pflichtstundenerhöhung exklusiv schlechter gestellt worden. Ausser im Lehrberuf verlangt wohl kein Arbeitgeber, dass der Arbeitnehmer die zu Hause notwendige IT-Infrastruktur aus der eigenen Tasche zahlen muss.

Diese Negativspirale hinsichtlich der Anstellungsbedingungen muss aufhören! Statt der Volksschule und der Gymnasien, die in der Vergangenheit immer wieder bluten mussten, müssen nun auch andere Kostentreiber im Bildungsbereich einer Kosten-Nutzen-Analyse und allfälligen Anpassungen unterzogen werden: insbesondere Reformen, Schulentwicklungsprojekte und Lehrmittel.

4.2. Umsetzung Lehrplan 21 auf kantonaler Ebene

Der Bildungsrat hat wesentliche Weichenstellungen für die Sek I-Umsetzung vorgenommen. So wird der Lehrplan nach Niveaus aufgefächert werden und es werden jeweils Jahresziele gesetzt. Eine Arbeitsgruppe unter der Leitung einer Lehrperson der Sekundarstufe und des AVS wird einen Entwurf erarbeiten.

Auf Kindergarten- und Primarstufe jedoch soll, entgegen der Forderung der Vernehmlassungsantwort auf den ersten LP 21-Entwurf, nun keine Differenzierung der Kompetenzen zwischen Kindergarten und Primarschule erarbeitet werden. Das AVS hat Richtlinien entworfen, die in der Umsetzung der Arbeit an einer Basisstufe gleichen würden. Da in den Strukturen in Baselland aber der Kindergarten noch eine Realität ist, ist der vorliegende Entwurf für die Lehrpersonen von Kindergarten und Unterstufe in dieser Form nicht leistbar.

In der Umfrage, die der LVB an die Lehrkräfte von Kindergarten und Unterstufe geschickt hat, ist ein klarer Trend zu erkennen: Die Lehrpersonen beider Stufen wollen Anhaltspunkte darüber, wo die Kindergartenlehrpersonen die Kinder hinbringen müssen resp. wo sie die Unterstufenlehrpersonen abholen können. Sie wollen den Eltern der Kinder im Gespräch sagen können, wo ihr Kind steht und ob es reif für die 1. Klasse ist. Nur einzelne Voten sprechen sich gegen die Schaffung solcher Orientierungspunkte aus.

Deswegen kann der LVB zu diesem Zeitpunkt sich nur dafür einsetzen, dass an der Schnittstelle Kindergarten-Primar, die in unserem Kanton höchst real ist (z.B. hinsichtlich verschiedener Schulstandorte), auch reale Anhaltspunkte im neuen Baselländer Lehrplan ausformuliert werden. Die Durchlässigkeit und die individuelle Entwicklung der Kinder waren durch den alten Lehrplan nie gefährdet und wären es auch durch eine Setzung dieser Orientierungspunkte nicht. Eine gute Kommunikation zwischen Kindergarten



und Unterstufe ist unerlässlich. Der Aufwand muss aber den Ressourcen und den Realitäten angepasst werden.

4.3. Vorsorgekommission BLPK

Die Reform hat die BLPK in eine Sammeleinrichtung verwandelt. Jedes Vorsorgewerk hat seine eigene Vorsorgekommission, paritätisch aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammengesetzt. Sie legt die Verzinsung der angesparten Guthaben fest und entscheidet über allfällige Sanierungsmassnahmen. Dabei gilt es, einerseits das Interesse der Arbeitnehmenden nach einer möglichst guten Verzinsung zu berücksichtigen, andererseits aber auch darauf zu schauen, dass das Vorsorgewerk nicht in Unterdeckung gerät. Im Sanierungsfall muss entschieden werden, wie weit die Leistungen gesenkt und wie weit die Beiträge erhöht werden sollen, wobei hier ein Interessenskonflikt zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite besteht.

Für den LVB wurde Michael Weiss in die Kommission des Vorsorgewerks des Kantons gewählt. Die erste Sitzung findet am 14. April 2015 statt.

4.4. Passepartout

Aufgrund der *Dimension* der Weiterbildung - für die Einführung des Lehrmittel „Ready for English“ genügte vor einigen Jahren eine eintägige Fortbildung, für die neuen Lehrmittel „New World“ bzw. „Mille feuilles“ sind 12 Tage (!) veranschlagt - und der umstrittenen *Didaktik der Mehrsprachigkeit*, welche im Rahmen des Passepartout-Projektes auch auf der Oberstufe zur Anwendung kommen soll, fand am 12. Februar 2015 eine Aussprache zwischen allen beteiligten Akteuren statt. In einer unaufgeregten Diskussion zeigte sich, dass sich die Wahrnehmungen deutlich unterscheiden. Den Berichten der Passepartout-Verantwortlichen zufolge ist das Projekt auf gutem Wege. Die Rückmeldungen der bisherigen Kursteilnehmenden – den Primarlehrpersonen – seien überwiegend positiv. Dem stehen konkrete, weniger euphorische Rückmeldungen von praktizierenden LVB-Mitgliedern gegenüber.

Für den LVB ist es klar, dass für einen erfolgreichen Fremdsprachenunterricht *mehrere* Schlüssel notwendig sind. Ein *einzig*er Passepartout reicht nicht. In diesem Zusammenhang ist es für den LVB ein No-Go, dass erfahrene Fremdsprachlehrpersonen ohne diese Weiterbildung ihre Unterrichtsbefähigung verlieren, insbesondere darum, weil aussagekräftige Wirksamkeitsstudien zur Didaktik der Mehrsprachigkeit fehlen. Insbesondere diese LVB-Anliegen wurden diskutiert und aufgenommen. Die *Lehrmittel* sollen aufgrund der geäusserten Kritik überarbeitet werden.

Der LVB forderte das verantwortliche Kurskader noch einmal auf, das Weiterbildungskonzept zu überdenken und zu *redimensionieren*. Der Forderung des LVB, bereits auf das Schuljahr 15/16 hin eine erste *Evaluation* durchzuführen, wurde entsprochen. Alle Vertretungen (LVB, AKK, VSL und Passepartout) sind eingeladen, ihre Fragestellungen bis Ende April einzureichen. An der Aussprache wurde ferner aufgezeigt, dass den betroffenen Lehrpersonen durch die *Entlastungsstunde* und das Anrechnen des Berufsauftrages der Besuch der Fortbildung (namentlich Passepartout und MINT) innerhalb der Jahresarbeitszeit ermöglicht wird.

Die bereits eingegangenen Rückmeldungen von LVB-Mitgliedern zeigen, dass die nach der Intervention des LVB doch noch gesprochenen zweckgebundenen Gelder im Umfang von 2.6 Mio an den verschiedenen Schulstandorten unterschiedlich verteilt werden. Der LVB ruft die von der Weiterbildung betroffenen Lehrpersonen (insbesondere Fremdsprachen und MINT) zu einer gemeinsamen Haltung auf. Sie sollen das Gespräch mit den Schulleitungen suchen und eine gerechte Verteilung der gesprochenen Ressourcen einfordern. Die Daten der Kurse sollen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie gewährleisten.

Ein dem LVB zugetragenes Konzept sieht diese Schritte vor: Die Schulleitung legt fest, wer im Schuljahr 2016/17 eine 7. Klasse in den Fremdsprachen unterrichtet. Der Stundenplanverantwortliche wird angewiesen, dass die betroffenen Lehrpersonen an den Kursdaten keinen Unterricht haben. Den betroffenen Lehrpersonen wird eine Jahreslektion gutgeschrieben. Der darüber hinausgehende Aufwand wird mit dem Berufsauftrag verrechnet. Der LVB begrüsst diese Lösung.

4.5. Nachfolgeregelung in der GL

Heinz Bachmann (Ressort Rechtshilfe und Beratung) wird aus gesundheitlichen Gründen aus der GL ausscheiden. Die Ausschreibung der Stelle ist erfolgt. Es sind mehrere vielversprechende Bewerbungen eingegangen. Mitte April wird die GL eine Vorauswahl treffen und dann den KV beratend beiziehen. Das neue Mitglied der GL wird seine Arbeit am 1. August 2015 aufnehmen und von Heinz Bachmann eingearbeitet werden. Die DV wird im September das neue GL-Mitglied bestätigen können.



5. Hauptthema: Referat von Prof. Dr. Allan Guggenbühl: Moderne Unterrichtskonzepte aus entwicklungspsychologischer Sicht

R. von Wartburg stellt den Referenten Allan Guggenbühl kurz vor. Vor allem mit seinen pointierten Wortmeldungen zu schulischen Themen aus der Optik der Jugendpsychologie hat er das Interesse des LVB geweckt.

Eine kritische Betrachtung der aktuell hoch im Kurs stehenden Vorstellungen über Lehren und Lernen im Geiste von Individualisierung, Selbstorganisation und Selbstreflexion der Schülerschaft mitsamt deren Implikationen für den Lehrberuf

Allan Guggenbühl arbeitet unter anderem als Therapeut für Jugendliche. Seine Erfahrungen bringt er auch an der Pädagogischen Hochschule ein, die sich zur Zeit stark mit Schulreformen beschäftigt. A. Guggenbühls Verhältnis zu den Reformen ist insgesamt kritisch. Mit Beispielen aus der Vergangenheit illustriert er, dass radikale Reformvorhaben, die angeblich grosse Probleme lösen sollten, die Qualität der Schule nicht verbessert haben. Dass die Schule immer wieder als Gesellschafts- und Öffentlichkeitsthema auftauche, liege daran, dass jeder die Schule aus eigener Erfahrung kenne und ein kollektives Sich-Echauffieren eine Gesellschaft entscheidend untereinander verbinde. Dies könne sogar dazu führen, dass die Lehrpersonen plötzlich selbst daran glauben würden, was die Öffentlichkeit behaupte.

Der Lehrberuf erfordere sehr viel Kreativität, Erfahrung und eine Vielzahl an Kompetenzen. Aber seit einiger Zeit sei dieser Beruf im Fokus von Ausseninstanzen: der Bildungstheorie und Erziehungswissenschaft. Diese Instanzen hätten über die Jahre hinweg eine Eigendynamik entwickelt und sich eine eigene Welt mit grosser Realitätsferne geschaffen. Es würden Begrifflichkeiten ohne neuen Inhalt (z.B. Kompetenzen) geschaffen, die keinen Erkenntnisgewinn brächten. Die Instanzen versuchten aber nun, den Schulunterricht fremd zu definieren. Unterrichten sei in Wahrheit immer ein halbchaotischer Zustand. Wenn zu viele Standards verlangt würden, gebe es Probleme. Im Unterricht brauche es eine möglichst grosse Freiheit für die Lehrpersonen in der Wahl ihrer Mittel und Methoden.

Die Schule sei die einzige Institution, die die ganze Breite der Bevölkerung erfassen müsse. Dies ziehe nach sich, dass ganz viele schwierige Einflussfaktoren eine Rolle spielten: problematische Kinder und Jugendliche oder solche, die gar keine Schule bräuchten; verschiedene Erziehungsvorstellungen der Eltern; verschiedene Geschlechter mit unterschiedlicher Entwicklung etc. Speziell seitdem man Elternarbeit besonders hochhalte, sei das Unterrichten noch schwieriger geworden. Er sei der Meinung, man müsse den Einbezug der Eltern überdenken und die Elternarbeit vom Schulbetrieb trennen.

Für Schüler sei das Lernen in der Schule ein Nebenschauplatz. Das Wichtigste dort seien die Kolleginnen und Kollegen, und der Lernwillen hänge stark davon ab, ob dieser Faktor für das Kind stimme. Kinder würden Schule ganz anders erleben als Lehrpersonen. Um Kinder aber für die Erwachsenen, Eltern wie Lehrpersonen, begreifbar zu machen, würden diese häufig psychologisch abgeklärt, wobei oft falsche oder unpräzise Diagnosen gestellt würden.

A. Guggenbühl geht im Folgenden auf die Rolle der Lehrperson ein. Entscheidende Erfolgsfaktoren seien: Performanz, Echtheit in Übereinstimmung mit dem Inhalt, Blickkontakt und nonverbale Signale, sprich eine gute Präsenz, die die Kinder wissen lasse: „Da bin ich und ich nehme dich wahr!“ Die Lehrperson solle für die Schüler eine wichtige Person darstellen, ein Vorbild, auch eine Art „Oberbandenchef“, der den Tarif durchgebe. Die Lehrperson könne ein alternatives Rollenvorbild zu den oft nicht vorhandenen Vorbildern in der Familie darstellen. Dies gebe dem Kind, dem Jugendlichen Entwicklungsmöglichkeiten.

Zwischen Lehrperson und Schüler oder Schülerin müsse eine Beziehung hergestellt werden, damit gelernt werden könne. Denn Lernen sei ein emotionaler Prozess. Dazu gehöre auch, dass die Lehrperson durchaus Unmögliches und Verrücktes in den Unterricht einbaue und dass es manchmal auch „krache“. Für die Schüler sei es wichtig, dass die Lehrkräfte Emotionen, auch Ärger zeigen könnten. Dies rege die Schüler an, hier entstünden neue Ideen. Denn oft werde eher zufällig gelernt und nicht das, was die Lehrperson beabsichtigt habe. Deshalb sei auch die Papierflut an Hochschulen und in der Schule, die das Lernen dokumentieren solle, eine reine Legitimationshandlung. Wenig davon werde jemals wieder gelesen. Es sei eine Inszenierung, die wenig Relevanz für die Praxis habe. Wichtig sei auch, vermehrt in Prozessen und Phasen zu denken und entwicklungspsychologisch bedingte „Tauchphasen“ der Schüler und Schülerinnen, in denen es schulisch kaum vorangehe, auszuhalten.

A. Guggenbühl hält fest, dass es für die Lehrpersonen enorm wichtig sei, „Palaverorte“ zu haben, um ihren emotionalen Ballast abladen zu können. Ausserdem sei es wichtig, zu wissen, wie man als Lehrperson funktioniere. Es gebe verschiedene Typen, z.B. den „Trickster“ mit ungewöhnlichen, plötzlichen Einfällen; den Zeremonienmeister als planvollen Werkstatt- oder Lernlandschaftsorganisator; den Künstler, der Prozesse sich entfalten lasse. Diese Typen müssten auch die für sie geeigneten Methoden anwenden dürfen. Man müsse wegkommen von der Idee eines Standardlehrers. Unterrichtsgestaltungs- und Methodenfreiheit seien essenziell für eine gute Performanz. Dazu gehöre auch eine gute Reflexionsfähigkeit.



Ressourcenmanagement könne ein Burnout verhindern. Lehrpersonen leisten in den Augen von A. Guggenbühl fantastische Arbeit, denn nichts sei schwieriger als die Arbeit mit Menschen.

R. von Wartburg bedankt sich nach lang anhaltendem Applaus bei A. Guggenbühl und überreicht ihm ein Präsent.

6. Verabschiedung einer Resolution

R. von Wartburg erläutert, dass es mehr als nur Vereinsfolklore sei, an fast jeder Delegiertenversammlung eine Resolution zu verabschieden. Die beiden letzten Resolutionen hätten konkrete Resultate hervorgebracht. Beim Umbau auf 6/3 wurde eine Freistellung von je zwei Wochen für Primarlehrpersonen, die das erste Mal eine 6. Klasse übernehmen, erreicht. Die zweite habe bewirkt, dass auch die Sekundarlehrpersonen für verordnete Weiterbildungen im Zuge von HarmoS entlastet würden. Die heutige Resolution sei ein Extrakt aus den im Laufe der Versammlung erläuterten Themen.

Keine weitere Verschlechterung der Anstellungsbedingungen der Baselbieter Lehrkräfte! Ein Moratorium für verordnete Bildungsreformen als Beginn einer Phase der Konsolidierung und der Kosten-Nutzen-Analyse!

Seit vielen Jahren verschlechtern sich die Anstellungsbedingungen der Baselbieter Lehrkräfte kontinuierlich – und dies bei einer stetig steigenden Belastung, vorrangig bedingt durch eine Fülle an Reformvorhaben und Schulentwicklungsprojekten, wie es die Schulen seit ihrem Bestehen noch nie erlebt haben.

Durch nicht gewährte Teuerungsausgleiche mussten die Kantonsangestellten seit 1998 auf fast 170 Mio. Fr. Lohn verzichten. Die Reform der BLPK führt zu höheren Beiträgen, wogegen attraktive Vergünstigungen komplett gestrichen wurden. Treueprämien für verdiente Mitarbeitende wurden drastisch gekürzt. Im Rahmen des Entlastungspakets 12/15 wurden die Lehrkräfte der Sek I und Sek II durch Pflichtstundenerhöhungen exklusiv als einzelne Angestelltengruppe schlechter gestellt. Auch im Bereich der Umsetzung der 5. Ferienwoche wurde das Gebot der Gleichbehandlung in Bezug auf die Lehrpersonen missachtet.

Immer dann, wenn die Ausgabenseite unter Druck gerät, konkrete Vorstellungen jedoch fehlen, werden die Direktionen aufgefordert, *linear* zu sparen. Gerade die BKSD hat aber mit der Universität Basel und der PH FHNW gewaltige Posten zu stemmen, bei denen sie gar nicht eigenmächtig sparen *kann*. Bei einer linearen Sparübung bluten daher jeweils einseitig Volksschule und Gymnasien, die in Wahrheit seit langem – mit Ausnahme der Sonderschulung – konstante oder gar sinkende Kosten pro Schülerin und Schüler ausweisen.

Angesichts der aktuellen und prognostizierten Finanzlage des Kantons Basel-Landschaft ist zu befürchten, dass die Politik versucht sein wird, die Negativspirale hinsichtlich der Anstellungsbedingungen der Lehrerinnen und Lehrer weiterzudrehen. Das ist jedoch der falsche Weg! Stattdessen gilt es zunächst, den Überblick über die Flut an Reform- und Schulentwicklungsprojekten, welche Kosten in Millionenhöhe verursachen, zurückzugewinnen. Hierfür erforderlich ist ein Moratorium für verordnete Bildungsreformen – analog dem Beschluss des Solothurner Kantonsrates. Das bedeutet konkret:

1. Begonnene Reformen werden sauber und *ohne* zusätzlichen ideologischen Ballast umgesetzt und an die bestehenden Baselbieter Schulverhältnisse angepasst (z.B. dreigliedrige Sekundarschule sowie Trennung zwischen Kindergarten und Primarschule).
2. In den letzten Jahren durchgeführte Reformen (z.B. Frühfremdsprachen) werden zeitnah einer validen Kosten-Nutzen-Analyse unterzogen, und zwar unter grösstmöglichem Einbezug der tatsächlichen Umsetzungsverantwortlichen: den Lehrerinnen und Lehrern.
3. Solange die Prozesse 1. und 2. nicht abgeschlossen sind, werden keine zusätzlichen Projekte verordnet. Ganz generell muss die Schulentwicklung der Zukunft wieder „auf die Füße gestellt werden“: Entscheidungs- und Steuerungskompetenz weg von der Bürokratie, hin zu den Handelnden aus der Schulpraxis. Veränderungen müssen als Konsequenz von Bedürfnissen aus dem Schulalltag von unten her wachsen, nicht von oben herab diktiert werden.

Nach einer Verständnisfrage aus dem Publikum wird die Resolution einstimmig, ohne Gegenstimme, bei einer Enthaltung angenommen.

7. Diverses

R. von Wartburg führt eine Konsultativabstimmung zur Anfangszeit der DV/MV durch: Für die Beibehaltung des Beginns um 19.30 Uhr stimmen 45 Personen, für einen Beginn bereits um 19.00 Uhr votieren 59 Personen. Die GL wird dieses Resultat in die Planung der nächsten DV einbeziehen.



M. Weiss weist noch darauf hin, dass Werbe- und Informationsmaterial für alle Kontaktpersonen und Delegierten bereitliege. Sie sollen sich doch bitte bedienen.

R. von Wartburg bedankt sich bei allen Anwesenden für die Teilnahme und schliesst damit die Sitzung.

Im Anschluss an die DV/MV wird ein Apéro offeriert.